

"WEU dringt auf Rüstungskontrolle" in Die Welt (2. Juni 1961)

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 02.06.1961. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"weu_dringt_auf_rustungskontrolle"_in_die_welt_2_juni_1961-de-5323f20c-3c67-41ac-b596-0cc198c3c4e4.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

WEU dringt auf Rüstungskontrolle

Parlamentarische Versammlung mit Verzögerung unzufrieden

Von unserem Korrespondenten

gl. London, 1. Juni

Die Rüstungskontrolle, die die Westeuropäische Union (WEU) über ihre sieben Mitgliedsstaaten ausübt, wird noch nicht mit der erforderlichen Energie betrieben. Zu diesem Ergebnis kam der zuständige Ausschuß in einem Bericht an die WEU-Versammlung in London, die in einer EntschlieÙung die Mitgliedsstaaten aufforderte, eine wirksame Kontrolle zu schaffen.

Die Arbeit der etwa 100 Inspektoren der WEU-Kontrollagentur wird nach dem Ausschußbericht dadurch behindert, daß zwei für die Kontrolle notwendige Abkommen noch nicht von allen Staaten ratifiziert worden sind:

1. Das Abkommen über den rechtlichen Schutz privater Industriefirmen gegen Schäden, die ihnen bei der Rüstungsinspektion zum Beispiel durch die Weitergabe von Betriebsgeheimnissen zugefügt werden können. Das vor vier Jahren unterzeichnete Abkommen wurde bisher nur von Großbritannien ratifiziert.

2. Ein Abkommen, das die Mitgliedsstaaten zu genauen Angaben über ihre internen Sicherheitsstreitkräfte und ihre Polizei verpflichtet. Dieses Ab-

kommen ist von allen Mitgliedsstaaten außer der Bundesrepublik ratifiziert worden.

Die Kontrollvorschriften der WEU, die in den Brüsseler Vertrag aufgenommen wurden, gelten nur für die Streitkräfte der sechs WEU-Staaten auf dem Kontinent. London hat bisher den Inspektoren den Zutritt zu den britischen Depots in der Bundesrepublik mit der Begründung verwehrt, daß diese Depots als NATO-Anlage nicht unter die Rüstungskontrolle der WEU fallen.

In mehreren Resolutionen hatte die WEU-Versammlung regelmäßige politische Konsultationen zwischen den WEU-Staaten und Beratungen zwischen den WEU-Regierungen und der EWG über einen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt vorgeschlagen. Ferner wurde in einer EntschlieÙung der Stand der europäischen Verteidigung kritisiert und bedauert, daß die französischen und britischen NATO-Streitkräfte nicht ihre Sollstärke haben. Die französische Regierung wird in der EntschlieÙung aufgefordert, ihre Entscheidung von 1958 rückgängig zu machen, durch die die französische Mittelmeerflotte dem Oberkommando der NATO entzogen worden ist.